

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

5. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 2. Dezember 1952	Nummer 94
-------------	--	-----------

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —

C. Innenminister.

I. Verfassung und Verwaltung: Bek. 21. 11. 1952, Aufenthaltsermittlungsverfahren. S. 1675. — RdErl. 23. 11. 1952, Hauptstandesamt Hamburg. S. 1675.

II. Personalangelegenheiten: Mitt. 24. 11. 1952, Kommunalwissenschaftliche Arbeitstagung der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk. S. 1676.

III. Kommunalaufsicht: RdErl. 17. 11. 1952, Zulassung neuer Handfeuerlöscher-Typen. S. 1677. — RdErl. 20. 11. 1952, Ermäßigung der Vergnügungssteuer für prädikatisierte Filme; hier: Meldung der an das Land abgeführten Filmförderungsbeträge. S. 1678.

D. Finanzminister.

RdErl. 31. 10. 1952, Trennungsschädigung für Beamte z. Vv. bei einer Wiederverwendung im öffentlichen Dienst. S. 1678. — RdErl. 18. 11. 1952, Anwendung der Beihilfengrundsätze für Zahnersatz. S. 1679.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Arbeitsminister.

Bek. 11. 11. 1952, Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnisscheinen auf Grund des § 7 der Sprengstofflaubnisschein-Verordnung. S. 1680.

H. Sozialminister.

Bek. 13. 11. 1952, Zusammensetzung der Ausschüsse für die ärztliche und zahnärztliche Vorprüfung sowie die ärztliche und zahnärztliche Prüfung der Universitäten Bonn, Köln und Münster und des Ausschusses für die ärztliche und zahnärztliche Prüfung der Medizinischen Akademie Düsseldorf für das Prüfungsjahr 1952/53. S. 1680.

J. Kultusminister.

RdErl. 12. 11. 1952, Verfahrensvorschriften zum Dritten Abschnitt des Schulgesetzes. S. 1684.

K. Minister für Wiederaufbau.

L. Justizminister.

952 S. 1675 o.
ufgeh.
955 S. 1388 Nr. 284

C. Innenminister

I. Verfassung und Verwaltung

Aufenthaltsermittlungsverfahren

Bek. d. Innenministers v. 21. 11. 1952 — I 13 — 64/Le. 223

Die am 10. Mai 1929 in Suwalki (Litauen) geborene Tanja L e m u s e n k o wurde nach Verbüßung einer Haftstrafe in der Haftanstalt Nordstraße in Bremerhaven am 30. Juli 1952 auf Grund des Gesetzes Nr. 10 der Alliierten Hohen Kommission vom 27. Oktober 1949 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission Nr. 3 S. 30) ausgewiesen. Es besteht begründeter Verdacht, daß die L. illegal in das Bundesgebiet zurückgekehrt ist.

Im Ermittlungsfalle erbitte ich umgehende Nachricht unter Angabe obigen Aktenzeichens.

An die Polizeibehörden, Meldebehörden des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1952 S. 1675.

Hauptstandesamt Hamburg

RdErl. d. Innenministers v. 23. 11. 1952 — I — 14.55
Nr. 1564/52

Nachstehende Mitteilung des Rechtsamts der Stadt Hamburg gebe ich zur Kenntnis:

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.
Rechtsamt, Aufsicht über die Standesämter.

Hamburg, den 6. November 1952.

Nachdem für die Zeit bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung eine Außenstelle des Hauptstandesamts in Hamburg bei dem Standesamt I Berlin-West eingerichtet worden ist, hat nunmehr der Transport der beim hiesigen Hauptstandesamt lagernden Personenstandsregister und Karteien begonnen. Ich bitte daher, die Ihnen unterstellten Standesämter anzuweisen, die für das Hauptstandesamt bestimmten Aktenstücke nicht mehr nach Hamburg 1, Johanniswall 4, sondern an die Außenstelle des Hauptstandesamts Hamburg beim Standesamt I Berlin-West in Berlin-Halensee, Albrecht-Achilles-Str. 65/66, zu senden.

An die Standesämter des Landes Nordrhein-Westfalen und ihre Aufsichtsbehörden.

— MBl. NW. 1952 S. 1675.

II. Personalangelegenheiten

Kommunalwissenschaftliche Arbeitstagung der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk

Mitt. d. Innenministers v. 24. 11. 1952 — II A 2/29.63/02

Am 10. November 1952 ist die neue Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten. Auch sonst drängen die kommunalrechtlichen Verhältnisse zu einer Neuregelung. Deshalb ist es angezeigt, die kommunalen Dinge in ihrer Gesamtheit in einer großen Arbeitstagung zu betrachten.

Die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk veranstaltet daher vom 3. bis 5. Dezember 1952 im großen Sitzungssaal des Rathauses Bochum eine

Kommunalwissenschaftliche Arbeitstagung

mit folgender Vortragsfolge:

Mittwoch, 3. Dezember

- 10.00 Uhr: Die Gemeinden und Gemeindeverbände als Hauptträger der staatlich-öffentlichen Verwaltung
Ministerialrat Dr. Görg (Düsseldorf)
- 11.30 Uhr: Selbstverwaltung und Auftragsverwaltung
Städt. Verwaltungsrat Dipl. rer. pol. Neuhaus (Bochum)
- 15.00 Uhr: Probleme der Kommunalpolitik auf Bundesebene
Beigeordneter Dr. Loschelder (Köln)
- 16.45 Uhr: Die Gemeindeverfassung nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
Universitätsprof. Dr. Elleringmann (Bochum)

Donnerstag, 4. Dezember

- 9.00 Uhr: Die Außenvertretung der Gemeinden nach dem Recht der neuen Gemeindeordnung
Universitätsprof. Dr. Elleringmann (Bochum)
- 10.45 Uhr: Der Amtsverband und die amtsangehörigen Gemeinden nach der Gemeindeordnung und im kommenden Recht
Verwaltungsrechtsrat Dr. Odenbreit (Datteln)
- 15.00 Uhr: Der Kreisverband im kommenden Recht
Landrat a. D. Dr. Dresbach (Essen)

16.45 Uhr: Der Provinzialverband (Landschaftsverband) im kommenden Recht
Landesrat Dr. Naunin (Münster)

Freitag, 5. Dezember

9.00 Uhr: Staat und Kommunalverband
Ministerialrat Dr. Görg (Düsseldorf)

10.45 Uhr: Das gemeindliche Finanzwesen im Rahmen der Regelung des Finanzwesens in der Bundesrepublik
Universitätsprofessor Dr. Hettlage (Mainz und Bonn)

15.00 Uhr: Die kreisangehörigen Städte nach der Gemeindeordnung und im kommenden Recht
Hauptgeschäftsführer Dr. Kottenberg (Düsseldorf)

16.45 Uhr: Der Kämmerer im System der heutigen Ordnung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens
Stadtkämmerer Dr. Giere (Duisburg).

An jeden Vortrag schließt sich eine Aussprache an.

Auf diese Tagung wird mit Rücksicht auf ihre Bedeutung besonders hingewiesen.

Auskunft erteilt die Hauptgeschäftsstelle der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk, Sitz Bochum, Rathaus, Zimmer 71, Fernsprecher 6 04 61/6 05 71, Nebenstelle 5 74.

Auf diese Arbeitstagung weise ich besonders hin.

— MBL. NW. 1952 S. 1676.

III. Kommunalaufsicht

Zulassung neuer Handfeuerlöcher-Typen

RdErl. d. Innenministers v. 17. 11. 1952 — III C 246

Auf Grund der Polizeiverordnung über Handfeuerlöcher und sonstige von Hand tragbare Feuerlöschgeräte vom 19. September 1941 (RGBl. I S. 574) habe ich nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der Amtlichen Prüfstelle für Handfeuerlöcher folgende Handfeuerlöcher-Typen bzw. von Hand tragbare Feuerlöschgeräte für die Herstellung und den Vertrieb neu zugelassen:

Mit Wirkung vom 25. Oktober 1952

Hersteller:	Handfeuerlöcher:	Amtl. Kenn-Nr.:
Fa. H. Schulte-Frankenfeld, Gütersloh i. Westf., Eickhoffstr. 42	1. „Gloria“ DIN-Trocken-Handfeuerlöcher 6 kg Inhalt Type DIN Trocken 6, Bauart P 6	P 1 — 17/52
	2. „Gloria“ DIN-Trocken-Handfeuerlöcher 9 kg Inhalt Type DIN Trocken 9, Bauart P 9	P 1 — 18/52

Mit Wirkung vom 17. November 1952

Hersteller:	Handfeuerlöcher:	Amtl. Kenn-Nr.:
Fa. Concordia Elektrizitäts-AG., Dortmund, Münsterstr. 231	3. „CEAG“ Type CS 10 n DIN Schaum-Handfeuerlöcher, 10 Liter Inhalt, nicht frostbeständig, Bauart S 10 Cn	P 1 — 19/52
	4. „CEAG“ Type CST 10 n DIN Schaum-Handfeuerlöcher, 10 Liter Inhalt, nicht frostbeständig, Bauart S 10 Cn	P 1 — 20/52
Fa. Minimax GmbH., Stuttgart 1, Reinsburgstr. 198	5. „Minimax“ Type VR 10 DIN-Naß-Handfeuerlöcher, 10 Liter Inhalt, frostbeständig bis —30° Bauart N 10 Hf — 30	P 1 — 21/52

Diese Zulassungen haben gemäß Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerschutzgeräten (MBL. NW. 1952 S. 645) für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

Zugelassene Handfeuerlöcher bzw. von Hand tragbare Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein.

Ich bitte, vorstehenden RdErl. sämtlichen Feuerwehrdienststellen zur Kenntnis zu bringen.

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster, Gewerbeaufsichtsämter, Gemeinde-, Amts- und Kreisverwaltungen des Landes Nordrhein-Westfalen.

1952 S. 1678 aufgeh. d. 1954 S. 2194

1952 S. 1678 aufgeh. d. 1954 S. 1532 Nr. 113

— MBL. NW. 1952 S. 1677.

„Mäßigung der Vergnügungssteuer für prädikatisierte Filme; hier: Meldung der an das Land abgeführten Filmförderungsbeiträge

RdErl. d. Innenministers v. 20. 11. 1952 — III B 4/159 — 2054/52

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung ändere ich meinen vorbezeichneten RdErl. v. 13. Dezember 1951 mit sofortiger Wirkung dahin ab, daß die bei den Gemeinden vereinnahmten Filmförderungsbeiträge zwar weiterhin wie bisher von den Gemeinden bis zum 3. jeden Monats an die Kreiskassen und von den Kreiskassen bis zum 10. jeden Monats an die Regierungshauptkassen abzuführen sind, jedoch auf die monatliche Meldung der Soll- und Istbeiträge verzichtet wird. Die Meldungen sind künftig nur noch vierteljährlich zu erstatten, und zwar von den Gemeinden an die Kreisverwaltungen bis zum 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober, von den Kreisverwaltungen an die Regierungspräsidenten bis zum 30. Januar, 30. April, 30. Juli und 30. Oktober, und von den Regierungspräsidenten an mich mit Abschrift an das Kultusministerium bis zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Kultusminister und dem Finanzminister.

Zusatz für den Regierungspräsidenten in Detmold: Auf den Bericht vom 21. 10. 1952 — K.Az. 187 — 1 VF/S —.

Bezug: Mein RdErl. v. 13. 12. 1951 — MBL. NW. S. 1396.

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBL. NW. 1952 S. 1678.

1952 S. 1678 aufgeh. d. 1954 S. 857

D. Finanzminister

Trennungsentschädigung für Beamte z. Wv. bei einer Wiederverwendung im öffentlichen Dienst

RdErl. d. Finanzministers v. 31. 10. 1952 — B 3001 — 12 560/IV

Die Unterbringung verdrängter Angehöriger des öffentlichen Dienstes wird erheblich dadurch erschwert, daß zur Unterbringung verpflichtete Dienstherrn diesem Personenkreis im Falle ihrer Wiederverwendung nicht die Mehraufwendungen infolge getrennter Haushaltführung ersetzen. Zur Förderung der Unterbringung hat sich daher der Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern mit Schreiben vom 25. September 1952 — I B — BA — 2155 — 9/52 — I A — P 1712 — 24/52 — damit einverstanden erklärt, daß an solche verheirateten Empfänger von Übergangsgehalt und -bezügen, die von einem anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn als dem Bund oder dem Land außerhalb des Wohnorts ihrer Familie wiederverwendet werden und aus diesem Anlaß von dem neuen Dienstherrn keine Trennungsentschädigung erhalten, im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit im Unterstützungswege nach folgenden Richtlinien eine Entschädigung zur Abgeltung der Mehraufwendungen infolge getrennten Haushalts bewilligt wird:

1. Berücksichtigt werden können die von Kapitel I des Gesetzes zu Art. 131 GG erfaßten Personen, denen Ansprüche auf Übergangsgehalt (§ 37) oder Übergangsbezüge (§ 52) gegen den Bund zustehen, wenn sie von

einem anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet als dem Bund oder einem Land als Beamte oder als Angestellte oder Arbeiter mindestens gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes zu Art. 131 GG wiederverwendet werden.

2. Voraussetzung der Gewährung ist, daß der wiederverwendete Angehörige des öffentlichen Dienstes infolge der Wiederverwendung gezwungen ist, einen getrennten Haushalt im Sinne von Nr. 25 und 26 der Durchführungsverordnung zum Umzugskostengesetz in der Fassung meines Erl. v. 5. Mai 1950 (MBIFin. 1951 S. 8) zu führen.

3. Die Entschädigung zur Abgeltung des Mehraufwandes kann auf Antrag (entsprechend Muster 1 meines Erl. v. 19. März 1952, MBIFin. S. 113) für die Zeit der glaubhaft nachgewiesenen Bedürftigkeit, längstens auf die Dauer von 12 Monaten ab Wiederverwendung, jedoch nicht für eine Zeit vor dem 1. Oktober 1952 gewährt werden.

4. Über den Antrag, dem auch eine Bescheinigung des neuen Dienstherrn über den Zeitpunkt der Einstellung und eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde über den Familienwohnsitz beizufügen ist, entscheidet die nach dem Gesetz zu Art. 131 GG zuständige Pensionsregelungsbehörde.

Bei der Entscheidung, ob Bedürftigkeit vorliegt, ist nicht kleinlich zu verfahren. Bedürftigkeit liegt jedoch dann nicht vor, wenn bei Berücksichtigung des Einkommens der im Familienhaushalt lebenden Familienangehörigen und der sonstigen Verhältnisse aus dem Einkommen des wiederverwendeten Angehörigen des öffentlichen Dienstes die Mehraufwendungen für getrennten Haushalt bestritten werden können.

5. Die Verbuchung der Entschädigungen hat in Epl. XXVI Kap. 3a oder 3b Tit. 34 zu erfolgen.

6. Es können bis zur Grenze des dem Angehörigen des öffentlichen Dienstes zustehenden Übergangsgehalts oder der Übergangsbezüge gewährt werden:

a) eine Entschädigung bis zur Höhe der nachgewiesenen unvermeidbaren Mehraufwendungen infolge getrennten Haushalts, jedoch nicht mehr als täglich:

Reisekostenstufe (auf Grund der Wieder- verwendung)	Ortsklassen des Beschäftigungsortes S und A	B—D
I—III	4,—	3,—
IV	3,50	2,50
V	3,—	2,—

b) eine Entschädigung für Fahrkosten und Mehraufwendungen für Verpflegung bis zu 1,50 DM täglich in entsprechender Anwendung der Bestimmungen über Vergütung bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung des Beamten (AbordnBst) vom 11. September 1942 (RBB. S. 184) in der Fassung meines Erlasses vom 26. Mai 1950 (MBIFin. 1951 S. 11).

Ich bitte entsprechend zu verfahren.

Die in Ziff. 5 vorstehender Richtlinien bei Epl. XXVI Kap. 3a oder 3b, Tit. 34, verbuchten Entschädigungen für getrennte Haushaltsführung bitte ich in einer besonderen Liste zu erfassen.

An der vorläufigen Regelung gemäß meinem Erl. v. 26. August 1952 B 2720 — 1320/IV (MBI. NW. S. 1099) über die Zahlung und Verbuchung von Trennungsent-schädigung an verdrängte Beamte, die im Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen wiederverwendet worden sind oder werden, ändert sich durch vorstehenden Erlaß nichts.

An alle mit der Durchführung des Ges. zu Art. 131 GG befaßten Stellen.

— MBI. NW. 1952 S. 1679.

Anwendung der Beihilfengrundsätze für Zahnersatz

RdErl. d. Finanzministers v. 18. 11. 1952 — B 3100 — 11 859/IV

In letzter Zeit wird aus gesundheitlichen Gründen und wegen seiner besonderen Haltbarkeit von den Zahn-ärzten vielfach ein Zahnersatz in Form einer gegossenen, skelettierten Metallbügelprothese angefertigt.

Für diese Art Zahnersatz, der früher nicht hergestellt wurde, sind bei Nr. 8 der Beihilfengrundsätze keine beihilfefähigen Höchstsätze vorgesehen. Bis zur Festsetzung solcher beihilfefähigen Höchstsätze, die nur im Zusammenhang mit einer in Aussicht genommenen Neufassung der Beihilfengrundsätze durch den Bundesminister der Finanzen im Benehmen mit den Ländern erfolgen könnte, bitte ich, bei der Berechnung der Beihilfen als angemessene und beihilfefähige Kosten den Rechnungsbetrag für eine gegossene, skelettierte Metallbügelprothese, soweit dieser nicht im Einzelfall als überhöht anzusehen ist, zugrunde zu legen.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

— MBI. NW. 1952 S. 1679.

G. Arbeitsminister

Ungültigkeitserklärung von Sprengstoff-erlaubnis-scheinen auf Grund des § 7 der Sprengstoff-erlaubnis-schein-Verordnung

Bek. d. Arbeitsministers v. 11. 11. 1952 — III 4 — 8723

Nachstehender Sprengstoff-erlaubnis-schein wird hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers:	Muster, Nr. und Jahr:	Aussteller:
Hugo Hamel, Lüdenscheid, Knapperstraße 37	Muster B Nr. 59/1952 vom 19. 2. 1952	Gewerbeaufsichts- amt Hagen

— MBI. NW. 1952 S. 1680.

H. Sozialminister

Zusammensetzung der Ausschüsse für die ärztliche und zahnärztliche Vorprüfung sowie die ärztliche und zahnärztliche Prüfung der Universitäten Bonn, Köln und Münster und des Ausschusses für die ärztliche und zahnärztliche Prüfung der Medizinischen Akademie Düsseldorf für das Prüfungsjahr 1952/53

Bek. d. Sozialministers v. 13. 11. 1952 — II A/2 a—11—1

Universität Bonn

Ausschuß für die ärztliche Vorprüfung:

Vorsitzender: Prof. Dr. Ebbecke
Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Stöhr

Prüfer für:

Anatomie: Prof. Dr. Stöhr
Physiologie: Prof. Dr. Ebbecke
Physiologische Chemie: Prof. Dr. Dirscherl
Physik: N. N., stellv. Prüfer: Prof. Dr. Riezler
Chemie: Prof. Dr. Helferich
Botanik: Prof. Dr. Schumacher
stellv. Prüfer: Prof. Dr. Steiner
Zoologie: Prof. Dr. Danneel

Ausschuß

für die zahnärztliche Vorprüfung:

Vorsitzender: Prof. Dr. Ebbecke
Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Stöhr

Prüfer für:

Zahnersatzkunde: Prof. Dr. Dr. Korkhaus
Anatomie: Prof. Dr. Harting
Physiologie: Prof. Dr. Ebbecke
stellv. Prüfer: Prof. Dr. Thörner
Physik: N. N., stellv. Prüfer: Prof. Dr. Riezler
Chemie: Prof. Dr. Helferich

Ausschuß für die ärztliche Prüfung:

Vorsitzender: Prof. Dr. Ceelen
Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Elbel

Prüfer für:

Pathologische Anatomie: Prof. Dr. Ceelen
Stellvertreter: Prof. Dr. Roth
Pharmakologie: Prof. Dr. Dr. Schulemann
Stellvertreter: Prof. Dr. Zipf

Innere Medizin: Prof. Dr. Martini, Dr. Welte
 Stellvertreter: Prof. Dr. Grosse-Brockhoff, Dr. Kohl,
 Priv.-Doz. Dr. Mundt
 Chirurgie: Prof. Dr. von Redwitz, Dr. Ollinger
 Stellvertreter: Prof. Dr. Gütgemann, Dr. Röttgen
 Kinderheilkunde: Prof. Dr. Ullrich
 Stellvertreter: Prof. Dr. Brenner, Dr. Wiedemann
 Geburtshilfe und Frauenheilkunde: Prof. Dr. Siebke, Dr.
 Stürmer, Stellvertreter: Prof. Dr. Büttner
 Augenheilkunde: Prof. Dr. J. K. Müller
 Stellvertreter: Prof. Dr. Reiser, Priv.-Doz. Dr. Weigelein
 Ohren-, Hals- u. Nasenkrankheiten: Prof. Dr. Thielemann
 Stellvertreter: Priv.-Doz. Dr. Schubert
 Haut- und Geschlechtskrankheiten: Prof. Dr. Grütz
 Stellvertreter: Prof. Dr. Leinbrock
 Irrenheilkunde und Neurologie: Prof. Dr. Pohlisch
 Stellvertreter: Prof. Dr. Elsässer
 Gerichtliche und soziale Medizin: Prof. Dr. Elbel
 Stellvertreter: Priv.-Doz. Dr. Schleyer
 Hygiene: Prof. Dr. Dr. Eyer
 Stellvertreter: Prof. Dr. Nagel

Ausschuß für die zahnärztliche Prüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Ceelen
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Elbel
 Prüfer für:
 Pathologische Anatomie: Prof. Dr. Ceelen
 Stellvertreter: Prof. Dr. Roth
 Zahn- und Mundkrankheiten:
 Teil I: 1. Prüfer: Prof. Dr. Dr. Korkhaus
 2. Prüfer: Prof. Dr. Martini, Dr. Grütz
 (die beiden letzteren miteinander abwechselnd)
 Stellvertreter für Prof. Dr. Martini: Prof. Dr. Welte
 Stellvertreter für Prof. Dr. Grütz: Prof. Dr. Leinbrock
 Teil II: Prof. Dr. Dr. Schulemann
 Stellvertreter: Prof. Dr. Zipf
 Konservierende Behandlung der Zähne: Prof. Dr. Dr. Korkhaus
 Chirurgie der Zahn- und Mundkrankheiten:
 Teil I: 1. Prüfer: Prof. Dr. Dr. Korkhaus
 2. Prüfer: Prof. Dr. von Redwitz
 Stellvertreter: Prof. Dr. Gütgemann
 Teil II: Prof. Dr. Dr. Korkhaus
 Zahnersatzkunde: Prof. Dr. Dr. Korkhaus
 Hygiene: Prof. Dr. Dr. Eyer
 Stellvertreter: Prof. Dr. Nagel.

Universität Köln

Ausschuß für die ärztliche Vorprüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Veit
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Schneider
 Prüfer für:
 Anatomie: Prof. Dr. Veit
 Stellvertreter: Prof. Dr. Spanner
 Allg. Physiologie: Prof. Dr. Schneider, a. o. Prof. Dr. Mies
 Physiologische Chemie: Prof. Dr. Klenk
 Physik: Prof. Dr. Jaumann, Prof. Dr. Kirchner
 Chemie: Prof. Dr. Alder
 Zoologie: Prof. Dr. Kuhn
 Botanik: Prof. Dr. Straub

Ausschuß für die zahnärztliche Vorprüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Veit
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Schmidhuber
 Prüfer für:
 Anatomie: Prof. Dr. Veit
 Stellvertreter: Prof. Dr. Spanner
 Physiologie: Prof. Dr. Schneider, a. o. Prof. Dr. Mies
 Zahnersatzkunde: Prof. Dr. Schmidhuber
 Physik: Prof. Dr. Jaumann, Prof. Dr. Kirchner
 Chemie: Prof. Dr. Alder

Ausschuß für die ärztliche Prüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Reiner Müller
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Lentze
 Prüfer für:
 Pathologische Anatomie: Prof. Dr. Leupold
 Pharmakologie: Prof. Dr. Schüller

Innere Medizin: Prof. Dr. Knipping, Prof. Dr. Schulten
 Chirurgie: Prof. Dr. Hoffmann, Prof. Dr. Dick, Prof. Dr.
 Hackenbroch
 Gynäkologie und Geburtshilfe: Prof. Dr. Nürnberger,
 apl. Prof. Dr. Holtermann
 Kinderheilkunde: Prof. Dr. Bennholdt-Thomsen
 Psychiatrie und Neurologie: Prof. Dr. Scheid
 Vertreter: Priv.-Doz. Dr. de Boor
 Haut- und Geschlechtskrankheiten: Prof. Dr. Vonkennel
 Augenheilkunde: Prof. Dr. vom Hofe
 Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten: Prof. Dr. Seiferth
 Hygiene: Prof. Dr. Lentze
 Gerichtliche und soziale Medizin: Obermedizinalrat Dr.
 Schwellnus.

Ausschuß für die zahnärztliche Prüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Reiner Müller
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Schmidhuber
 Prüfer für:
 Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie:
 a. o. Prof. Dr. Volland
 Zahn- und Mundkrankheiten:
 Teil I: 1. Prüfer: Prof. Dr. Schmidhuber
 2. Prüfer: Prof. Dr. Vonkennel oder apl. Prof. Dr.
 Uhlenbruck (abwechselnd)
 Teil II: Prof. Dr. Schüller
 Konserv. Behandlung der Zähne: Prof. Dr. Schmidhuber
 Chirurgie der Zahn- und Mundkrankheiten:
 Teil I: 1. Prüfer: Prof. Dr. Schmidhuber
 2. Prüfer: Prof. Dr. Hoffmann
 Teil II: Prof. Dr. Schmidhuber
 Zahnersatzkunde: Prof. Dr. Schmidhuber, a. o. Prof. Dr.
 van Thiel
 Hygiene: Prof. Dr. Lentze.

Universität Münster

Ausschuß für die ärztliche Vorprüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Becher
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Lehnartz
 Prüfer für:
 Anatomie: Prof. Dr. Becher
 Physiologie: Prof. Dr. Schütz
 Physiologische Chemie: Prof. Dr. Lehnartz
 Physik: Prof. Dr. Kappler
 Chemie: Prof. Dr. Klemm, Prof. Dr. Micheel
 Zoologie: Prof. Dr. Rensch
 Botanik: Prof. Dr. Strugger

Ausschuß für die zahnärztliche Vorprüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Becher
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Lehnartz
 Prüfer für:
 Anatomie: Prof. Dr. Becher
 Physiologie: Prof. Dr. Schütz
 Physik: Prof. Dr. Kappler
 Chemie: Prof. Dr. Klemm, Prof. Dr. Micheel
 Zahnersatzkunde: Prof. Dr. Issel

Ausschuß für die ärztliche Prüfung:
 Vorsitzender: Prof. Dr. Siegmund
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Loeser
 Prüfer für:
 Pathologische Anatomie und allgemeine Pathologie:
 Prof. Dr. Siegmund
 Pharmakologie: Prof. Dr. med. phil. Loeser
 Innere Medizin: Prof. Dr. Schellong, Prof. Dr. Balzer,
 Prof. Dr. Knebel
 Chirurgie: Prof. Dr. Sunder-Plassmann, Prof. Dr. Pitzen
 Geburtshilfe und Frauenheilkunde: Prof. Dr. Goecke,
 Prof. Dr. Hollstein
 Augenheilkunde: Prof. Dr. Rohrschneider
 Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten: Prof. Dr. Loebel
 Kinderheilkunde: Prof. Dr. Mai
 Haut- und Geschlechtskrankheiten: I. V. Doz. Dr. Blach
 Psychiatrie und Neurologie: Prof. Dr. Kehrner
 Gerichtliche Medizin: Prof. Dr. Ponsold
 Hygiene: Prof. Dr. Jötten

Ausschuß für die zahnärztliche Prüfung:

Vorsitzender: Prof. Dr. Siegmund

Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Loeser

Prüfer für:Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie:
Prof. Dr. Siegmund

Zahn- und Mundkrankheiten:

Teil I: Prof. Dr. Müller, i. V. Doz. Dr. Blaid, Prof. Dr. Schellong (die beiden letzteren abwechselnd)

Teil II: Prof. Dr. Loeser

Konservierende Behandlung der Zähne: Prof. Dr. Müller

Chirurgie der Zahn- und Mundkrankheiten:

Prof. Dr. Müller

Teil I: Prof. Dr. Sunder-Plassmann, Prof. Dr. Loebell (die beiden letzteren abwechselnd)

Teil II: Prof. Dr. Lütler

Zahnersatzkunde: Prof. Dr. Issel

Hygiene: Prof. Dr. Jötten.

Medizinische Akademie Düsseldorf**Ausschuß für die ärztliche Prüfung:**

Vorsitzender: Prof. Dr. Schreus

1. Vertreter: Prof. Dr. Bodechtel

2. Vertreter: Prof. Dr. Meessen

Prüfer für:

Pathologische Anatomie: Prof. Dr. Meessen

Vertreter: Prof. Dr. Fresen, Doz. Dr. Schoenmackers,
Doz. Dr. Langer**Prüfer für:**

Pharmakologie: Prof. Dr. Hahn

Innere Medizin:

1. Prüfer: Prof. Dr. Boden

Vertreter: Prof. Dr. Schmengler, Doz. Dr. Bayer,
Doz. Dr. Petrides

2. Prüfer: Prof. Dr. Bodechtel

Vertreter: Doz. Dr. Wild, Doz. Dr. Weise, Doz.
Dr. Kazmeier, Oberarzt Dr. Rütger

Kinderheilkunde: Prof. Dr. Klinke

Vertreter: Prof. Dr. Hansen, Doz. Dr. Küster

Chirurgie:

1. Prüfer: Prof. Dr. Derra

Vertreter: Doz. Dr. Franke, Doz. Dr. Gollasch,
Doz. Dr. Koss

2. Prüfer: Prof. Dr. Schüller

Vertreter: Oberarzt Dr. Schuknecht

Geburtshilfe und Frauenheilkunde:

1. Prüfer: Prof. Dr. Schmidt-Elmendorff

2. Prüfer: Doz. Dr. Paschen

Vertreter: Doz. Dr. Paschen (für 1. Prüfer),
Prof. Dr. Herold

Augenheilkunde: Prof. Dr. Custodis

Vertreter: Doz. Dr. Linnen, Doz. Dr. Pau

Ohren-, Hals- und Nasenkrankheiten:

z. Z. Doz. Dr. Greven (kommissarischer Leiter der
HNO-Klinik bis zur Neubesetzung)

Haut- und Geschlechtskrankheiten: Prof. Dr. Schreus

Vertreter: Prof. Dr. Carrié, Prof. Dr. Gahlen

Irrenheilkunde und Neurologie: Prof. Dr. Störing

Vertreter: Min.-Rat Dr. Lewenstein

Gerichtliche Medizin: Prof. Dr. Böhmer

Vertreter: Doz. Dr. Dr. Becker

Hygiene: Prof. Dr. Kikuth

Vertreter: Doz. Dr. Roemer, Doz. Dr. Pothmann

Ausschuß für die zahnärztliche Prüfung:

Vorsitzender: Prof. Dr. Schreus

1. Vertreter: Prof. Dr. Bodechtel

2. Vertreter: Prof. Dr. Meessen

Prüfer für:

Pathologische Anatomie: Prof. Dr. Meessen

Vertreter: Doz. Dr. Schoenmackers

Zahn- und Mundkrankheiten:

Teil I: 1. Prüfer: Prof. Dr. Häupl

Vertreter: Prof. Dr. Gerke

2. Prüfer: Prof. Dr. Schreus

Vertreter: Prof. Dr. Gahlen

Zahn- und Mundkrankheiten:

Teil II: Prof. Dr. Hahn

Vertreter: Prof. Dr. Grab

Konservierende Behandlung der Zähne: Prof. Dr. Häupl

Vertreter: Prof. Dr. Heyden

Chirurgie der Zahn- und Mundkrankheiten:

Teil I: 1. Prüfer: Prof. Dr. Häupl

Vertreter: Prof. Dr. Gerke

2. Prüfer: Prof. Dr. Häupl

Vertreter: Prof. Dr. Gerke

Teil II:

Prof. Dr. Häupl

Vertreter: Prof. Dr. Gerke

Zahnersatzkunde: Prof. Dr. Häupl

Vertreter: Prof. Dr. Gerke

Hygiene: Prof. Dr. Kikuth

Vertreter: Doz. Dr. Roemer.

— MBI. NW. 1952 S. 1680.

J. Kultusminister**Verfahrensvorschriften zum Dritten Abschnitt
des Schulgesetzes**RdErl. d. Kultusministers v. 12. 11. 1952 — II E gen. — 005
Nr. 444/52

1. In meinem RdErl. v. 19. Mai 1952 — II E gen. — 005 Nr. 158/52 (Amtsbl. KM. 1952 S. 70) — hatte ich bestimmt, daß etwaige Zweifelsfragen über die Auslegung einzelner Bestimmungen des neuen Schulgesetzes, soweit erforderlich auf dem Dienstwege mir vorzulegen sind.

Mit Bezug hierauf ist die Anregung an mich herangetragen worden, zu § 24 Abs. 5 des Schulgesetzes und Ziff. II 2 a der Verfahrensvorschriften, wonach Anträge auf Neuerrichtung oder Umwandlung von Schulen an die zuständige Gemeindebehörde oder an die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde zu richten sind, noch näher zu bestimmen, welche Behörden als zuständige Gemeindebehörden oder als zuständige Kommunalaufsichtsbehörden in Betracht kommen.

Als zuständige Gemeindebehörden kommen in Frage:

- a) bei kreisfreien Gemeinden die Stadtverwaltung,
- b) bei kreisangehörigen — aber nicht amtsangehörigen Gemeinden — die Gemeindeverwaltung bzw. Stadtverwaltung,
- c) bei amtsangehörigen Gemeinden die Gemeindeverwaltung, z. Hd. des Amtsdirektors.

In Fällen des § 24 Abs. 4, wenn eine Schule für den Bereich mehrerer Gemeinden neu errichtet oder umgewandelt werden soll, sind die Anträge an die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde, und zwar

- a) bei kreisfreien Gemeinden an den Regierungspräsidenten,
- b) bei kreisangehörigen Gemeinden an die Kreisverwaltung zu richten.

Die Anträge, die im Einzelfall an eine nicht zuständige Gemeinde- oder Kommunalaufsichtsbehörde gerichtet sind, sind unverzüglich der zuständigen Dienststelle weiterzuleiten.

Die Frist des § 24 Abs. 7 ist auch durch Einreichung der Anträge bei einer an sich unzuständigen Behörde gewahrt.

2. Zum 15. Dezember 1952 bitte ich, mir zu berichten, wieviel Anträge

- a) auf Neuerrichtung,
- b) auf Umwandlung von Schulen in Ihrem Amtsbereich gestellt worden sind und welchen Inhalt (beantragte Schulart) die Anträge haben.

Dieser Erl. wird außerdem im Amtsblatt des Kultusministeriums für das Land Nordrhein-Westfalen abgedruckt und ist zum Nachdruck in allen amtlichen Schulblättern des Landes bestimmt.

Bezug: Erl. v. 14. August 1952 — II E gen. — 005 — 372/52 (Amtsbl. KM. 1952 S. 114).

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster.

— MBI. NW. 1952 S. 1684.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,10 DM) auf das Postscheckkonto August Bagel Verlag GmbH., Köln 8516.

